



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/209 - 12. September 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21881 - 88

Fernschreiber 0896890

Sonderdienst: Wahlaufruf der Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands - Es geht um das ganze deutsche Volk!

Vor der Wahl	S. 1
Wahl-Wissenschaft und saubere Wahl	S. 3
Beurteilung Adenauers in Mitteldeutschland	S. 4
Fragebogen werden missbraucht	S. 5
Zur Tito-Erklärung	S. 7

## Es geht um die Zukunft unseres Volkes!

Am kommenden Sonntag werden die Wähler zum dritter Mal im freien Teil Deutschlands, genannt Bundesrepublik, durch den Wahlzettel über die Zusammensetzung des Bundestages entscheiden. Alle in- und ausländischen Beobachter registrieren im Vergleich zu den letzten Bundestagswahlen eine weitaus grössere Anteilnahme der Bevölkerung. Dies fand schon seinen Niederschlag im stärkeren Versammlungsbesuch und hier fiel wiederum der verhältnismässig grosse Anteil von Jugendlichen beiderlei Geschlechts auf. Dies ist umso erstaunlicher, als Versammlungen als das klassische Mittel der politischen Beeinflussung nicht mehr jene Monopolstellung haben, die sie in früheren Zeiten besaßen. Anscheinend besteht trotz Rundfunk und Film ein starkes Bedürfnis, das Wort des Redners unmittelbar auf sich einwirken zu lassen wie auch die Partei danach zu beurteilen, für die der Redner wirkt. Über Mangel an Zulauf konnten sich die Wortführer der grossen Parteien nicht beklagen, aber verfehlt wäre es freilich, vom Versammlungsbesuch auf die zu erwartenden Parteienstärke zu schliessen. Hier tapen alle Parteistrategen im Dunkeln. Erst in der Nacht zum Montag wird der Bundesbürger die Skala erfüllter Hoffnungen oder eingetretener Befürchtungen ablesen können...

War dieser Wahlkampf, unabhängig von seinem Ausgang, ein Gewinn oder ein Verlust für die junge deutsche Demokratie?

Dass diese Fragestellung überhaupt auftauchen kann, ist bestürzend

genug; dass sie leider berechtigt ist, geradezu alarmierend, Wahlkämpfe und das Ringen um Richtung und Inhalt einer zukünftigen Politik sind gewiss nicht Angelegenheiten für Schöngelster und empfindliche Naturen; auch in älteren und gefestigten Demokratien geht es oft recht handsärnelig zu, herrscht der grobe Ton, besteht der Hang zur Vereinfachung. Das muss wohl so sein und schadet nicht, solange die im Kampfe um die Wähler stehenden Parteien gewisse Grenzen einhalten und sich nicht gegenseitig als Teufel oder Engel bezeichnen. Vor Beginn dieses Wahlkampfes machten einige Wissenschaftler den Vorschlag, es möge so etwas wie ein Ehrenrat gebildet werden, der sofort in Funktion treten sollte, wenn der ohnehin weitgesteckte Rahmen der Fairness überschritten werden sollte. Leider kam es nicht zur Verwirklichung dieser Idee. Beigefüge dieser Ehrenrat, müsste der Bundeskanzler Adenauer als einer der Hauptangeklagten vor ihm erscheinen. Adenauer hat sich einer Todesünde gegen die Demokratie schuldig gemacht. Durch seine hemmungslose Diffamierung der Opposition, durch seine bewusst und raffiniert gepflegte Vergewaltigung der Wahrheit, durch sein aufwachen von Masseninstinkten richtete er unüberschaubares Unheil an. Für spätere Generationen wird die Lektüre der Bundeskanzler-Reden zu diesem Wahlkampf ein unbestechliches Zeugnis des moralischen und politischen Verfalls jener Kräfte sein, die sich um Dr. Adenauer sonntex.

Was Adenauer und sein engster Anhang in diesem Wahlkampf leisteten, war der Versuch einer gigantischen Vernebelung und Irreführung des deutschen Volkes. In diesen Behauptungen unterwarf sich der Bundeskanzler keinerlei Beschränkungen. Sein schändliches Wort von "Untergang Deutschlands" im Falle eines SPD-Sieges kennzeichnet diesen Mann als einen Donagoge, der jedes Mittel recht ist, um sich in der Macht zu behaupten. Ihn störte es nicht, dass durch ein solches Wort Millionen von Männern und Frauen in ihrer Ehre getroffen wurden, dass er damit einen Graben in unserem Volke aufries, über dem keine Brücken führen. Welch schlechtes Vorbild für die heranwachsende Generation und für künftige Zeiten bietet dieser Bundeskanzler! Dieser Mann, der sich gern als grossen Staatsmann und grossen Europäer feiern lässt, gehört seiner Mentalität noch zu den Unheilsgewaltigen der deutschen Geschichte.

Die geistig leberdigen Schichten unseres Volkes spüren diese

mit der Fortdauer der CDU-Herrschaft gegebenen Gefahren. Das ist das eigentliche Phänomen dieses Wahlkampfes: Die Rebellion gegen Adenauers Methoden, gegen seine politische Grundhaltung. Sie werden in wachsender Masse als unvereinbar mit den deutschen Lebensnotwendigkeiten empfunden. Die Hemmungslosigkeit Adenauers im Verhalten zu seinen politischen Gegnern erklärt sich aus seiner Furcht, die Zeit werde über ihn hinweggehen. Innen- und aussenpolitisch zeichnet sich der Leerlauf seiner Politik immer deutlicher ab. Was der Bundeskanzler und die von ihm geführte Partei zu bieten haben, ist Stückwerk, sind Ausflüchte. Unter achtjähriger CDU-Herrschaft blieben die entscheidenden Lebensfragen unseres Volkes ungeklärt. Wie oft in diesen vergangenen Jahren versicherte der Bundeskanzler, der Tag der Wiedervereinigung sei nahe, viel näher, als viele denken - und wie weit sind wir heute von diesem Tag entfernt!

Mit unausweichlicher Klarheit werden die tragischen Konsequenzen einer von Ansatz her verfehlten Politik offenkundig, die ihre Energien auf die Aufrüstung richtete, aber es nicht verstand, die Grundlagen einer Verständigung mit aller unseren Nachbarn zu schaffen. An dieser bedrückenden Erbschaft wurden alle Nachfolger des gegenwärtigen Bundeskanzlers, wer immer sie auch sein mögen, schwer zu tragen haben.

Die Wahlentscheidung am kommenden Sonntag ist offen. Vor den Wahlen 1953 liess sich das Ergebnis einigermaßen voraussagen. Adenauer gebot damals über den Khorsan aller Parteien rechts von der Sozialdemokratie. Heute findet er sich in Opposition zu Kräften, die vor vier Jahren zu seinen getreuen Bündnispartnern galten. Die Sozialdemokratie als der einzige grosse Gegenspieler Adenauers ist nicht mehr isoliert. Die der Zukunft zugewandten Männer und Frauen unseres Volkes sehen in der Kraft und Stärke dieser grossen zahlreichen Partei eine sichere Gewähr für eine Politik des Ausgleichs im Inneren und nach aussen. In einer Hinsicht konnte die Sozialdemokratie es mit der CDU freilich nicht aufnehmen: der ungeheuren finanziellen Macht der CDU. Wohl zu keiner Zeit der jüngeren deutschen Geschichte unterstützte das Groszkapital so stark eine ihr genehme und willfährige Partei, wie diesmal die CDU. Die Sozialdemokratie dagegen vertraut auf die Stärke ihrer Argumente und die Klarheit ihres Votums. Mit grosser Zuversicht kann sie sich dem Votum der Wähler am kommenden Sonntag stellen.

## Wahl-Wissenschaft und saubere Wahl

Von Professor Hans v. Hertig  
Universität Bonn

Die fernsten Negersprachen, die tiefsten Meeresgründe, die rarsten Räferrassen sind Gegenstand der Forschung. Volkswille aber, die seelischen Gesetze des Kriegsausbruchs, der Friedensschluss, Liebe, Hass und Überdruß der Massen sind ganz der Praxis und dem Pfluschertum überlassen worden. Sie laufen aber nach Gesetzen ab, für deren sicheren Gang noch viele Elemente fehlen. Die Meinungsmesser sind ein schwacher, anfechtbarer Notbehelf.

In Deutschland könnten drei Millionen Frauen-Mehrheit glatt den Ausschlag geben. Wir wissen nicht, wer und was ihren Entschluss bestimmt. Mit guten Gründen wird beim Wählen - von Einzelfällen abgesehen - niemals die Mehrheit nach Geschlecht getrennt. Vom Alter wird uns nichts gesagt. Dabei ist die Frage bei einer Wählerschaft mit abnormaler Altersstruktur, die der Krieg uns hinterließ, besonders wichtig. Vor allem möchten wir wissen, wie die vier neuen Jahrgänge von jungen Wählern vor der Parole: "Lasst's beim Alten!" denken.

Was wir nicht wissen, ist der Einfluss religiöser Zugehörigkeit. 45,2 % der westdeutschen Bevölkerung sind katholisch, 53,0% sind evangelisch. Dabei sind dies noch nicht die neuesten Zahlen. Ein Jahrbuch, das im Juli 1957 erschien, kennt nur die Zahlen vom 13. September 1950. Durch Wanderung muss sich das Verhältnis weiter verschoben haben. Dafür kommt bei dieser Wahl die Saar mit 73,4 % katholischer Bevölkerung hinzu. Und diese tapfere Saar sollte an "Europa" weggegeben werden.

Die Wahlbeteiligung ist ein noch unerforschter Faktor. Sie war im Jahre 1953 am schwächsten in Baden-Württemberg und in Bayern, am stärksten in Niedersachsen, Hamburg und Bremen. Wer bleibt zu Hause? Was denken diese "unbekannten Wähler"? Sind sie zufrieden mit den Dingen, wie sie sind? Sind sie verärgert, weil die kleinen Gruppen zwar wählen dürfen, aber nicht gezählt werden? Den Meinungsforschern ist ein neues Feld eröffnet.

928 000 Stimmen wurden 1953 für ungültig erklärt. Die Zahl ist viel zu hoch und kaum erklärlich. Mit 896 000 Stimmen konnte zuletzt die deutsche Partei 15 Sitze für sich buchen. Wenn es eine Wahl-Wissenschaft gäbe, würde eine unabhängige Kommission den Auftrag erhalten, die auffallende Ungleichheit der Zahlen in den deutschen Ländern zu untersuchen. Sie sind in Rheinland-Pfalz seit 1939 abgesunken, in Nordrhein-Westfalen und Bayern 1953 stark angestiegen. Und welche Partei wollten die Staatsbürger wählen, deren Stimmen für ungültig erklärt wurden? Hier ist noch viel Wissenswertes zu erheben und bei künftigen Wahlen zu verbessern, wenn Volkswille und Willensausdruck zusammenfallen sollen.

Prognosen kann die Wissenschaft nur mit größter Vorsicht stellen. Wer sich auf Zahlen stützen will, muss nach den Länderwahlen greifen, die der Hochflut von 1953 gefolgt sind. Wie hat sich die Regierungspartei in Nordrhein-Westfalen und Bayern gehalten? Sogar in Rheinland-Pfalz ist sie abgesunken, in Schleswig-Holstein von 47,1% auf 32,2% (1954), in Bremen von 35,2% auf 18,0% (1955). Die Wahl wird zeigen, ob Dozenten aufgetreten sind, die die deutliche Rückgangstendenz vorstärken oder aufgehalten haben. - Hier sind schon Stimmungselemente an der Arbeit. Sie sind unmessbar, wie uns Wähler immer wieder lehren. Man sagt, dass Volkstimme Gottes Stimme sei. Das mag wohl richtig sein, doch ist es oftmals schwer zu deuten, ob uns die Gottheit strafen oder lohnen will.

### Ein unverdächtiger Zeuge

OB. Setzen die Menschen in der Zone ihre Hoffnungen auf Adenauer oder auf Ollenhauer? Diese Frage beschäftigt in der letzten Runde des Wahlkampfes in zunehmendem Maße die Auslandspresse. Man schickt Journalisten und Beobachter in die Zone, die sich gründlich umsähen, Leute interviewen, die Ausschläge des Stimmungsbarometers sorgsam registrieren. Manche gehen mit der vorgefassten Meinung hinüber: eine Alternative zu Ulbricht kann nur Adenauer sein - das Pendel wird ins andere Extrem überschlagen. Sie fahren nachdenklich wieder nach Hause, nachdem sie festgestellt haben, dass eine Schwarz-Rot-Weißerei nicht im entferntesten der Wirklichkeit Rechnung tragen würde.

Die "Neue Zürcher Zeitung" hörte sich in Leipzig um. Was ihr Korrespondent - gewiss keiner sozialdemokratischen Sympathien verdächtig - Stimmung testete, ist interessant genug, hier festgehalten zu werden. Er schreibt am 11. September: "Nach zahlreichen Gesprächen mit Einheimischen ergibt sich doch der Eindruck, als würde die Politik Adenauers da und dort mit grösserer Reserve beurteilt als früher." Und er kommt zu dem Schluss, dass "...in nicht wenigen Seelen die Vermutung aufgekeimt ist, die feste Haltung Adenauers ("Politik der Stärke" will der Korrespondent offenbar nicht gern sagen, D.Red.) gegenüber den Sowjets lasse der Wiedervereinigung auf absehbare Zeit hinaus so gut wie keine wirkliche Chance."

Sehr genehm scheint dem Korrespondenten seine gemachte Erfahrung nicht zu sein, aber er schreibt schliesslich, vorsichtig und abwägend: "Man hat denn auch wenig Anlass, sich darüber zu ereifern, dass man in Ostdeutschland nicht einmal besonders selten der Meinung begegnet, ein Wahlerfolg der Sozialdemokratie würde die Möglichkeit einer Wiedervereinigung vielleicht doch vergrössern, und es wäre aus dieser Sicht heraus nicht uninteressant, wenn die Sozialdemokraten einmal zum Zuge kämen." Der Korrespondent registrierte, dass nach der öffentlichen Meinung "Ollenhauer...allenfalls die Sowjets zu einer Verständigung zu bewegen vermöchte, welche das drückende Joch, das die hiesige Bevölkerung murrend trägt, erträglicher gestalten würde, ohne die Bevölkerung Westdeutschlands ihrer Freiheit zu berauben."

Und so geht es in der vorsichtigen Analyse immer weiter. Ihr Kern ist die Erkenntnis: Immer weitere Kreise der mitteldeutschen Bevölkerung wünschen einen Wahlsieg der SPD, weil sie allein darin eine echte Möglichkeit zur deutschen Wiedervereinigung sehen. Noch vorhandene Illusionen, eine "starke" Adenauerpolitik könnte das Tor zur Freiheit öffnen, schwinden dahin.

Die "Zürcher Zeitung" hat gut beobachtet. Ihr Korrespondent würde noch ein ganz anderes Bild mit nach Hause genommen haben, hätte er eine Rundreise durch die Betriebe der Zone machen können: aus dem Masse-Schaufenster sieht manches rosiger aus, als es im grauen Alltag ist.

\* \* \*

Moderne Inquisition

K.J. Die Deutsche Angestellter-Gewerkschaft hat an die Betriebsräte appelliert, dem Fragebogenwuesen mancher Personalbüros energisch entgegenzutreten. In der Tat: es muss etwas geschehen, damit die immer mehr geübten Praktiken der Ausfragererei von Arbeitnehmern nicht zur Inquisition werden. Wer hat ein Recht, in die privateste Sphäre eines Menschen einzudringen, wenn es doch nur darum gehen sollte, seine berufliche Qualifikation festzustellen?

Das Lebenslauf-Schreiben, die "Beibringung" von Zeugnissen, die persönliche Vorstellung genügen heute nicht mehr, wenn einer einen neuen Arbeitsplatz haben will. - Das wird eingesehen. Der hochentwickelte Industriestaat verlangt für immer mehr Berufe einen gründlichen Eignungstest. Dass man dabei oft die ganze Person unter Wasser nimmt, mag bei bestimmten, den Einsatz des ganzen Menschen fordernden Berufen auch noch angehen - aber wo ist die Grenze zwischen Eignungsprüfung und Gesinnungsschnüffelei?

Da fragen Arbeitgeber, welche Bücher und Fachzeitschriften der Stellenbewerber lese. Das kann man begreifen. Die Frage nach der Tageszeitung, die einer hält, ist schon bedenklicher. Hier wird's nämlich politisch, und manche Arbeitgeber halten gar nichts von den Lesern sozialdemokratisch orientierter Zeitungen. Aber was sollen diese Personalbogen-Fragen: "Gehören Sie einer Gewerkschaft an? Welcher?", "Sind Sie Mitglied einer demokratischen Partei? Welcher?" Und die jugendlichen Stellenbewerber fragt man: "Gehören die Eltern oder der Vormund einer Gewerkschaft an? Wenn ja, welche Mitgliedsnummer?"

Hier hört nun der Spass auf, hier wird der Test zur Gesinnungsschnüffelei. Viele Fragebogen belehren zur Schluss darüber, dass "unwahre Angaben die sofortige fristlose Entlassung zur Folge haben." Wie soll der Stellenbewerber da noch den Mut haben, eine kritische Frage mit nein zu beantworten? Gewiss, er hat die Möglichkeit, sie offenzulassen. Aber dann macht er sich bei seinem inquisitorischen Arbeitgeber in spe erst recht verdächtig, der offenbar sehr entschiedenen Wert darauf legt, dass einer nicht gerade der ihm unangenehmen politischen Richtung angehört.

Noch einmal: nichts gegen den psychologischen Test! Wenn er nicht

Prob in die privateste Sphäre eindringt, ist er ebenso nützlich wie berechtigt. "Trinken Sie gern Bier?" fragt ein Fragebogen. Wollte das eine Brauerei wissen, könnte man daraus noch die Sorge des Arbeitgebers ablesen, ob der Bewerber auch die rechte inwendige Liebe zum Fach mitbringt. Fragt das ein mit Käse handelndes Unternehmen, sieht man die Notwendigkeit solchen Wissensdurstes nicht ganz ein. Schwört der Arbeitgeber auf den Typ des "gemütlichen Biertrinkers", weil er selber einer ist, oder fürchtet der abstinente der "Säufer"? "Haben Sie Abzahlungsschulden oder sonstige Schulden? Wie hoch?" - fragen andere.

Der Einbruch in das ganz private Leben beginnt mit der - vielleicht harmlosen Neugier und endet in Gesinnungsschnüffeln. Das Polizei-Spielen mancher Personalbüros verträgt sich nicht mit den Grundsätzen der Demokratie. Greift es weiter um sich, dann ist der Weg kurz zu einer Gesellschaftsordnung, die das ohnehin immer mehr beschnittene Recht auf Individualität vollends zertrampelt.

\* \* \*

#### Die "Reichsfeinde"

Der erste deutsche Reichskanzler, Otto von Bismarck, der ja wirklich nicht zimperlich in seiner Ausdrucksweise war, hat nach der Reichsgründung einmal ein böses, um nicht zu sagen, infames Wort gesagt. Er hat von den "Reichsfeinden" gesprochen und damit die katholische Zentrumspartei, die Linkliberalen und die Sozialdemokratie gemeint. Er hat mit diesen Wort die Gegner der von ihm geschaffenen Verfassungsordnung angegriffen. Von diesen waren die extremsten die Sozialdemokraten. Innerhin muss man bei diesem Wort, das ja in die Geschichte eingegangen ist, bedenken, dass Bismarck damals nicht als parlamentarischer, nicht als aus dem Parlament hervorgegangener Kanzler, sondern als kaiserlicher Kanzler gesprochen hatte. Diese "Reichsfeinde" haben das Verdienst, dass sie nach 1919 das Reich zusammengehalten haben.

("Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung", 7. September 1957)

\* \* \*

Was wollte Tito?

Von unserem diplomatischen Dr.K.B.Mitarbeiter

Die Oder-Neisse-Erklärung Titos hat im Bonner Auswärtigen Amt einen Schock ausgelöst. Die offizielle Bonner Aussenpolitik tut Überrascht und beeilt sich seit gestern, alle früheren Erklärungen Titos zusammenzustellen, aus denen hervorgehen soll, dass der jugoslawische Staatschef seine Auffassung gewandelt hat. Die Erregung ist aber künstlich, denn Kenner der polnisch-jugoslawischen Beziehungen hatten den Bundesaussenminister schon seit langem vor einer Verzögerung der Aufnahme diplomatischer Kontakte zwischen Bonn und Warschau gewarnt, da sonst zwangsläufig eine Art Einheitsfront zwischen Gomulka und Tito zu erwarten sei.

Ob Bundesaussenminister von Brentano wegen des Wahlkampfes keine Zeit hatte, sich um seine eigentlichen Geschäfte zu kümmern, oder ob ihm, dem Mann im Schatten Adenauers, die Energie fehlt, sein Wissen um die Vorgänge ausserhalb Deutschlands richtig ins Spiel zu bringen, möge dahingestellt bleiben. Tatsache ist jedenfalls, dass der Aussenminister bereits vor einigen Wochen über die Absicht Titos unterrichtet wurde, Gomulkas Position gegenüber Moskau durch eine indirekte Aufforderung an Bonn dadurch zu festigen, nun endlich mit dem von Warschau gewünschter diplomatischen Kontakt mit der Bundesrepublik zu beginnen.

Es ist allgemein bekannt, dass sich der Bundesaussenminister taub gestellt hat. Wahrscheinlich passte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Polen Gomulka nicht in das Wahlkampfkonzzept Adenauers, der sich vorgenommen hatte, "nachzuweisen", dass man mit dem Osten in kein vernünftiges Verhältnis gelangen könne.

Es ist selbstverständlich, dass alle demokratischen Parteien in der Bundesrepublik sofort nach Bekanntwerden der Tito-Erklärung betont haben, das Problem der Oder-Neisse-Grenze könne nur in einem Friedensvertrag gelöst werden. Damit ist aber die jetzt manifestierte Einheitsfront zwischen Warschau und Belgrad nicht aus der Welt zu schaffen. Die Fehler der westdeutschen Aussenpolitik rücken sich jetzt, und es wird vieler Bemühungen bedürfen, um das in der Ära Adenauer zerschlagene Porzellan wieder zusammenzuflicken.

\* \* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel